

# „Entscheidung ist übereilt“

## Olpe BI äußerte sich zur verschobenen Ratssitzung / „Forum Integration“ tagt bis dahin dreimal

### Das bisherige Handeln der Stadtverwaltung hinterlässt bei den BI-Mitgliedern viele Fragezeichen.

mac■ Die Zeit reiche nicht aus, um ein Alternativkonzept zu erarbeiten – „daran ändert auch ein Aufschub von zwei Wochen nichts.“ Christian Hose, Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative (BI) „Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe“, kritisierte im Rahmen eines Pressegesprächs am Mittwoch den durch den anstehenden Ratsbeschluss entstandenen Zeitdruck insbesondere für die Vertreter einer dezentralen Flüchtlings-Lösung. Entscheiden sollten die Mitglieder des Rates der Stadt Olpe ursprünglich bereits am 29. April über die künftige Nutzung der ehemaligen Kolping-Familienferienstätte „Regenbogenland“. Am Dienstag, beim zweiten Treffen des „Forums Integration“, hatte Bürgermeister Horst Müller eingelenkt und den Beteiligten einen Aufschub der Sitzung um zwei Wochen zugesichert (die SZ berichtete).

„Trotzdem halten wir diese Entscheidung für übereilt“, erklärte Hose. Denn es bestehe, abgesehen von der Sommerpause, kein Zeitdruck. Insbesondere weil die Notunterkunft noch bis Herbst 2016 laufen soll.

Bis dahin könnte nach Ansicht der BI die Zeit besser genutzt werden: Vor allem, um zunächst weitere Erfahrungen in der Unterbringung der Flüchtlinge sammeln zu können. Eine objektive Beurteilung der Auswirkungen eines Massendurchgangslagers für Jahrzehnte sei ohnehin zum jetzigen Zeitpunkt unmöglich, so Christian Hose. Die aktuelle Belegung des „Regenbogenlandes“ weit unter der Obergrenze – von 400 Plätzen waren bislang maximal etwas weniger als die Hälfte belegt – verfälsche den Eindruck zusätzlich. „Selbstverständlich birgt die Unterbringung von 190 Personen weniger Konfliktpotenzial als etwa ein volles Haus.“

Hinzu komme, so Vorstandmitglied Wolfgang Maasjost, dass der auf Anregung der BI eingerichtete Runde Tisch „Forum Integration“ bis zum Beschlusstermin nur dreimal tagen könne. „Wie eingangs erwähnt, kann in so kurzer Zeit kein abstimmungsreifes Gesamtkonzept für die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung erarbeitet werden“, erläuterte er.

Und auch in finanzieller Hinsicht betrachtet die BI den „übereilten“ Ratsbeschluss mit Sorge: So seien weitere Fördermittel des Bundes für kommunale Flüchtlingsunterbringung zu erwarten. „Die Kommunen werden zwar auch in Zukunft die Unterbringung organisieren müssen, finanzieren soll das dann aber der Bund“, gab Christian Hose die Forderung von SPD-Bundestagsfraktionschef Thomas Oppermann wieder. Ein Großteil des vermeintlichen finanziellen Vorteils, den die Stadtverwaltung bei einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) sehe, würde dann jedoch entfallen.

Weiter betonten die BI-Mitglieder, dass den Flüchtlingen in jedem Fall geholfen werden müsse. „Die Frage lautet nicht ob, sondern ausschließlich was und wie getan werden kann.“ In diesem Zusammenhang verwies Christian Hose erneut auf das geplante langfristige Integrationskonzept ohne eine Massenunterkunft (die SZ berichtete ausführlich). Er zeigte sich zuversichtlich, dass im Fall einer dezentralen Regelung die Anzahl der in den kommenden Jahren zugewiesenen und aufzunehmenden Flüchtlingen deutlich geringer sei als die planmäßigen 400 Bewohner einer ZUE.

Doch nicht nur die anstehende Entscheidung unter Zeitdruck sowie die derzeit geringe Belegung der

Notunterkunft hinterlassen nach Angaben von Christian Hose zahlreiche Fragezeichen. Auch der große Leerstand von Landesimmobilien (rund 500 000 Quadratmeter) schüre die Zweifel der BI an der offiziellen Begründung der Bezirksregierung Arnsberg für die Beschlagnahmung des „Regenbogenlandes“. „Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit habe keine andere Wahl bestanden – das muss angezweifelt werden“, fasste er zusammen. Und auch juristisch stehe die Beschlagnahmung auf dünnem Eis: Eine anwaltliche Prüfung hatte ergeben, dass die Nutzung der ehemaligen Familienferienstätte als Notunterkunft offensichtlich rechtswidrig ist.